

Aus Bund und Ländern

Assistenzärzte für England gesucht

KÖLN. Die Ende 1987 gestartete gemeinsame Aktion von Bundesärztekammer und Zentralstelle für Arbeitsvermittlung zur Vermittlung von deutschen Ärztinnen und Ärzten an britische Krankenhäuser verläuft weiterhin erfolgreich.

An Kliniken in Großbritannien sind zur Zeit wiederum zahlreiche freie Assistenzarztstellen zu besetzen. Die Bundesärztekammer und die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung rufen daher arbeitssuchende deutsche Ärztinnen und Ärzte mit Approbation auf, sich umgehend bei der ZAV in Frankfurt zu melden, wenn die Bereitschaft besteht, für einen bestimmten Zeitraum eine klinische Tätigkeit in Großbritannien aufzunehmen, die oftmals auch auf eine Weiterbildung in der Bundesrepublik angerechnet werden kann.

Interessierte Ärztinnen und Ärzte wenden sich möglichst umgehend an: Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV), Feuerbachstr. 42-46, 6000 Frankfurt 1, Auslandsabteilung, z. Hd. Herrn Fischer, Tel.: 0 69/7 111-491. EB

Arbeitsministerium prognostiziert Beitragssenkung

BONN. Für das Bundesarbeitsministerium beginnt die am 1. Januar 1989 in Kraft getretene „Strukturreform im Gesundheitswesen“ allmählich zu wirken. So seien die Ausgabensteigerungen der Krankenkassen in den beiden ersten Quartalen 1989 merklich gegenüber den Vergleichswerten des Vorjahres zurückgefallen („Abspecken des Blüm-Bauches“). In der zweiten Jahreshälfte würden die Krankenkassen infolge der dann wirksam werdenden Arzneimittel-Festbeträge und anderer Steuerungsinstru-

mente des „Gesundheits-Reformgesetzes“ um mindestens drei bis vier Milliarden DM entlastet. Diese Prognose wagte Ministerialdirektor Karl Jung, Leiter der Gesundheitsabteilung des Bundesarbeitsministeriums, anlässlich eines Experten-Forums über „Erste Erfahrungen bei der Umsetzung des GRG“, veranstaltet von der Deutschen Zentrale für Volksgesundheitspflege e. V. (DZV) am 21. Juni in Bonn-Tannenbusch.

Hinzu kommen im zweiten Halbjahr Einspareffekte infolge der Einführung von Festbeträgen auch bei Heil- und Hilfsmitteln. Außerdem verbessern sich einmalige Einnahmen der Krankenkassen dadurch, daß Rentner und Krankenversicherungsträger ab Juli ihre Beiträge auf der Basis von zusammen 12,9 statt bisher 11,8 Prozent der Rente zahlen müssen. Dadurch resultieren Mehreinnahmen für die Kassen von rund einer Milliarde DM. Dem steht gegenüber: Der neue Tarifabschluß für Kran-

ken- und Altenpflegekräfte bedeutet eine Mehrbelastung ab 1. August 1989 um rund 700 Millionen DM und jeweils 1,4 Milliarden in den nächsten Jahren. Per Saldo, so rechnete Jung vor dem DZV-Forum vor, dürfte sich in diesem Jahr für die Krankenkassen ein Gesamtentlastungsvolumen von sieben Milliarden DM ergeben. Es ist damit zu rechnen, daß die Krankenkassen zur Stärkung ihrer teilweise „abgebrannten“ Reserven 50 Prozent dieses Einnahme-Sparvolumens verwenden, so daß rund 3,5 Milliarden DM effektiv für Beitragssatzsenkungen verwendet werden könnten. Karl Jung prognostiziert deshalb, daß die Beitragssätze zum Jahresbeginn 1990 um 0,4 bis 0,5 Prozentpunkte gesenkt werden können. Insgesamt müßten rund 50 Prozent des mit dem GRG angepeilten Einsparvolumens mit Hilfe der Selbstverwaltung erzielt werden, die restlichen 50 Prozent spiele die Steuerungsautomatik des Reformgesetzes ein. HC

Medienpaket „Malignes Melanom“

HAMBURG. An einem malignen Melanom der Haut erkranken in der Bundesrepublik Deutschland schätzungsweise acht bis zwölf von 100 000 Einwohnern jährlich. Allein in den letzten 15 Jahren hat sich die Neuerkrankungsrate fast verfünffacht. Dabei kann heute kaum ein anderer Tumor so früh erkannt werden.

Um die Früherkennung und Prävention zu verbessern, hat die Deutsche Dermatologische Gesellschaft zusammen mit der Deutschen Krebshilfe ein Programm gestartet. Prof. Dr. E. W. Breitbart, der die eigens dafür geschaffene „Kommission zur Früherkennung von Hautkrebs“ leitet, hat darauf hingewiesen, daß der unwissende Patient auch bei bester ärztlicher Fortbildung das schwächste Glied in der Diagnostikkette bleibe. Großangelegte Aufklärungskampagnen in den Medien hätten in anderen Ländern schon zu einem besseren Wissensstand und damit zu einer höheren Früherkennung des malignen Melanoms beigetragen. Die Kommission erhofft sich deshalb für die Bundesrepublik bis zum Jahr 2000 eine spürbare Verringerung der Erkrankungen und der Sterblichkeit.

Für die Ärzteschaft wurde ein „Medienpaket“ entworfen, das Plakate, Broschüren und einen Informationsbrief zur Aktion enthält. Die Bevölkerung wird mittels breitgestreuter Anzeigen in verschiedenen Zeitschriften, Plakaten und Laienbroschüren informiert. Diese stellen einfach und verständlich dar, worum es sich beim malignen Melanom handelt, nennen Risikofaktoren und regen dazu an, seinen Körper und den des Partners und der Kinder regelmäßig zu betrachten, um Veränderungen von Pigmentmalen zu erkennen. WZ

(Kontaktadresse: Prof. Dr. E. W. Breitbart, Universitäts-Hautklinik, Martinstraße 52, 2000 Hamburg 20).



Angestrebter Spareffekt löst Ausgabensteigerung aus

Die Ankündigung des „Gesundheits-Reformgesetzes“ hat 1988 einen Mitnahmeeffekt ausgelöst. So stiegen die Ausgaben der Krankenkassen nicht nur für Zahnersatz, sondern auch für Hör- und Sehhilfen besonders kräftig: Für Hörgeräte wurden je Mitglied durchschnittlich 34,5 Prozent mehr gezahlt als 1987, für Brillen lag der Kostenanstieg bei 19,9 Prozent. Künftig werden für Brillen, Gläser, Kontaktlinsen und Hörgeräte Festbeträge eingeführt. Bis dahin gilt nur für Brillen eine Übergangsregelung: Zum Brillengestell zahlen die Krankenkassen einen Zuschuß von 20 DM. Eine neue Brille wird seit 1. Januar 1989 erst bei einer Sehkraftverschlechterung von mindestens 0,5 Dioptrien verschrieben